

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



# Berlin Brief

## Nr. 314

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic MdB

29. April 2022

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

seit mehr als zwei Monaten führt Putin einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit dem Ziel, die Demokratisierung Osteuropas und Russlands zu verhindern und die europäische Friedensordnung dauerhaft zu zerstören. Jeden Tag sterben dort unschuldige Menschen. Über fünf Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind mittlerweile auf der Flucht.

Aus diesem Grund steht Deutschland fest an der Seite der Ukraine. Dies haben wir am Donnerstag auch im Plenum noch mal deutlich gemacht und zusammen mit allen Regierungsfraktionen und der CDU-Fraktion einen Antrag verabschiedet, in dem wir umfassende Hilfen für die Ukraine legitimiert haben.

Ich bin Bundeskanzler Olaf Scholz dankbar, dass er besonnen und entschieden, sowie international abgestimmt vorgeht. Wer jetzt die Situation für persönliche oder parteipolitische Zwecke missbraucht, handelt in meinen Augen unverantwortlich. Es ist mir wichtig, dass Deutschland nicht in einen „Überbietungswettbewerb“ eintritt, sondern verantwortungsvolle Entscheidungen trifft, die sich nicht an Beliebtheitswerten orientieren. Vor allem aber tragen auch die Medien eine besondere Verantwortung, da auch sie in ihrer Berichterstattung oft Entscheidungsprozesse die besonnen und verantwortungsvoll zu treffen sind, als politisch unfähig darstellen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass ein Krieg nie nach einem Plan verläuft, sondern die Beteiligten jeden Tag vor neuen Entscheidungen stehen, da es in erster Linie darum geht, Kriegshandlungen zu stoppen um Menschenleben zu retten.

Deutschland beteiligt sich an den Waffenlieferungen. Das tut jedem gestandenen Sozialdemokraten\*in in der Seele weh und doch sehen wir uns durch Putins Völkerrechtsbruch und seiner Unberechenbarkeit dazu gezwungen. Denn es ist auch unsere eigene Sicherheit in Gefahr.

Es ist mir besonders wichtig, das wir dies umsichtig, entschlossen, und in enger Abstimmung mit unseren europäischen und internationalen Partnern tun. Außerdem darf es keine Einschränkung unserer Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit geben, und vor allen Dingen keine Kriegsbeteiligung von Deutschland oder der NATO geben.

Daneben bleibt es wichtig, auch mit diplomatischen Mitteln eine politische Lösung zu suchen, um den grauenvollen Krieg rasch zu beenden. Ich unterstütze ausdrücklich die Forderung des UN-Generalsekretärs Guterres nach einem sofortigen Waffenstillstand, um sichere und funktionierende Fluchtkorridore zu schaffen und lebensrettende humanitäre und medizinische Hilfe zu ermöglichen.

An dieser Stelle möchte ich den vielen (ehrenamtlichen) Helfer\*innen besonders danken, die sich um die Versorgung der vielen Geflüchteten kümmern. Sie sind das leuchtende Beispiel der gelebten Solidarität.

Das zweite wichtige Thema in dieser Woche war für mich die erste Lesung des

Gesetzentwurfs zum Mindestlohn. Durch die einmalige Erhöhung per Gesetz werden Millionen von Arbeitnehmer\*innen ab Oktober 2022 mehr Lohn in der Tasche haben, besonders Frauen und Ostdeutsche. Damit streben wir an, dass Arbeit zum Leben reicht und vor Erwerbsarmut schützt. Dies betrifft vor allem Beschäftigte in Branchen mit geringer Tarifbindung. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Januar 2015 eingeführt und hat sich bewährt. Er hat nachweislich keine negativen Folgen für den Arbeitsmarkt oder das Preisniveau gehabt. Im Gegenteil: Ein höherer Mindestlohn ist ökonomisch sinnvoll, denn er stärkt die Kaufkraft und stabilisiert die wirtschaftliche Erholung.

Wir haben sozial- und arbeitspolitisch viel vor in dieser Legislaturperiode. Wir stehen vor großen Herausforderungen, national und global: Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität, Bekämpfung der Folgen der Corona Pandemie, Friedenssicherung und Verhinderung von Hungersnöten. All dies können wir solidarisch schaffen, in dem wir der arbeitenden Bevölkerung Orientierung bieten und das Gefühl, das sie nicht im Regen stehen gelassen werden.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Regierung entlang ihres Koalitionsvertrages dies auch verlässlich leisten kann. Klar ist aber, dass wir die großen Herausforderungen unserer Zeit nur im Schulterschluss und solidarisch bewältigen werden. Ich selbst werde bei der 1. Mai-Kundgebung in Waldbrunn sprechen. Aber auch in Heilbronn findet natürlich wieder die Kundgebung des DGB statt, bei der sicher viele Genoss\*innen vor Ort sein werden. Deshalb kann ich Sie und Euch nur dazu auffordern: Heraus zum 1. Mai! Lasst uns GeMAInsam die Zukunft gestalten!

Ihr/Euer



---

## Termine

**01**  
**MAI**

**1. Mai-Kundgebung des SPD-Ortsvereins Waldbrunn**  
*Waldbrunn*

**02**  
**MAI**

**Besuch der Mediathek Neckarsulm mit Macit Karaahmetoglu MdB**  
*Neckarsulm*

**Bauernstag des Bauernverbands Heilbronn-Ludwigsburg**

---

## Bild der Woche



Gemeinsam mit Rolf Mützenich für einen Mindestlohn von 12 €!

Foto: Andreas Amann



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 / 598 72 27  
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)